

Für die Ukraine! Gegen den Westen! Gegen den Osten!

Ein Vorschlag für die radikale Linke

Kann man den Kommunismus fordern, ohne Partei zu ergreifen? In der vergangenen Woche haben wir den tollkühnen Versuch einiger Teile der radikalen Linken erlebt, der historischen Ausnahmesituation eines russischen Überfalls auf die Ukraine mit einem atemberaubenden Verständnis für beide Seiten so zu begegnen, dass eine direkte Parteinahme für eine der streitenden Fraktionen vermieden werden konnte. Einige Gruppen riefen via Instagram dazu auf, statt der ukrainischen Nationalfraktion, für die sich die Linksliberalen sehr schnell entschieden hatten, eher den Standpunkt des Proletariats auf beiden Seiten der Grenze zu wählen, als würden wir uns im Jahr des Weltkrieges 1917 befinden, in welchem die deutschen Soldaten an der Ostfront in ihren russischen Gegenübern, die vom selben Schicksal betroffenen Mitglieder der Arbeiterklasse erkannt haben mögen. Kaum bestreiten lässt sich, dass es damals die historische Aufgabe eines deutschen Soldaten gewesen wäre, die Waffen niederzulegen und sich mit den proletarischen Brüdern gegenüber zu solidarisieren, was sich aber auch damals schon ausschließlich durch den Vaterlandsverrat und das Überlaufen auf die andere Seite bewerkstelligen ließ, respektive durch die Fortsetzung der auf russischer Seite geschehenen Revolution auf eigenem, deutschem Boden. Haben wir nicht gelernt, dass es nur zwei Seiten der Barrikade gibt? So sehr diesen Aufrufen daher mit den Worten Adornos zu widersprechen ist, der von der „Tugend der Parteilichkeit“ sprach, bleibt daran die dialektische Idee korrekt, ein Jenseits der Parteien anzustreben, genau in dem Sinne, in dem das Ziel jeder revolutionären Aktion nicht das lange Leben der Arbeiterklasse sondern deren Abschaffung ist: die klassenlose Gesellschaft. So viel bleibt richtig am Bothsideism.

Während diese Position aus einem aufrichtig klassenkämpferischen Impuls heraus versuchte, mit einem Spagat beide Seiten zu überspannen, entzog sich die ältestbackene Sektion der Traditionslinken einer eindeutigen Positionierung nur darum, weil dies in ihrem Fall bedeutet hätte, sich direkt mit der russischen Aggression zu identifizieren. Das Abwägen beider Seiten war in diesem Teil der Linken weder staatsmännische Souveränität noch echte Reflexion, sondern die einzige Option, die das eigene Weltbild noch zuließ, als russische Panzer bereits in die Ukraine eingedrungen waren. Darum die olympiareife Akrobatik: Weil Putin die Souveränität der ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten missachtete, sollte die expansive NATO die Mitschuld an der Eskalation des Konflikts tragen, im krassen Widerspruch zu der Tatsache, dass diese nach wie vor nicht bereit ist, die darum bittende Ukraine zu verteidigen. Diese nur aus Pazifismus, am Größenwahnsinn Putins partizipieren wollender Russophilie und Antiamerikanismus zu erklärende Position war denn auch so hanebüchen, dass selbst Sara Wagenknecht zurückrudern musste, was freilich nicht dazu geführt hat, dass die LINKE im Bundestag die sonntägliche Resolution zur Ukraine mitgetragen hätte. 100 Milliarden für die Bundeswehr sind mit ihr einfach nicht zu machen.

Wie auch immer wahnsinnig das alles ist, und zwar in einem durchaus psychologischen und nicht pejorativen Sinne des Begriffs, der einzig für die Putinsche Verschwörungsideologie zu verwenden ist, muss doch auch gesagt sein, dass der Reflex auf die NATO militärisch zwar so deplatziert war, wie noch nie in der Geschichte dieses Verteidigungsbündnisses, einer gewissen Folgerichtigkeit jedoch auch nicht entbehrte. Denn falls es im Kalten Krieg die Aufgabe der radikalen Linken war, nicht einfach auf der Seite der Amerikaner zu landen, weil man der Sowjetunion politisch widersprechen wollte, ist der Impuls nicht ausschließlich verrückt, diese Zurückhaltung nach dem Verschwinden des Warschauer Pakts in Identifikation mit dessen Symbolen und Relikten zu verwandeln, so als könne man nach dem Ende der Blockkonfrontation dem postsowjetischen Monismus doch noch etwas entgegensetzen und die Geschichte dadurch offenhalten.

Zur Wahrheit gehört dann freilich auch, dass Russland in jenen gottverlassenen 1990ern selbst zum Kapitalismus gegriffen hat, also alles andere als eine antiwestliche Macht ist. So richtig es ist, dass die Staaten der

NATO die Welt erobert haben und man ihr im Prinzip ein antagonistisches Bündnis entgegensetzen müsste, so falsch ist es, ein solches in dem Land zu erkennen, das den einzigen Staat, der jemals in die Nähe des Sozialismus gekommen ist, zur Strecke gebracht hat. Die Proletarier haben McDonalds gewählt und eine falsche Entscheidung getroffen. Wir Nachgeborenen machen uns wohl keine Vorstellung davon, in welchen glänzenden Farben sich die Menschen in Moskau die Segnungen der freien Marktwirtschaft ausgemalt haben mögen. Man ist kein Putinverstehler, diese Enttäuschung mit in die Geschichtsphilosophie einzubeziehen: Nichts kann rechtfertigen, aus gekränktem Selbstwertgefühl nach alter, immer imaginiert größer zu streben, und doch ist wahr, dass 1989 für die Russen das gewesen ist, was 1918 für die Deutschen war. Und auch wenn es keinen Versailler Friedensvertrag gibt, gegen dessen durchaus heteronomes Diktat sich der russische Nationalismus – dessen staatliche Souveränität übrigens auf dieselbe sowjetische Verfassung von 1924, also denselben bolschewistischen Konstruktivismus zurückgeht, den Putin in seiner langen Rede gegen die vermeintlichen Neonazis in Kiew zu mobilisieren versuchte – richten könnte, wird man sich eine gewisse Sympathie für die Rachegefühle an der Kapitalisierung des ehemaligen Ostblocks, die unfassbares menschliches Leid produziert hat, kaum verkneifen wollen.

Zur Reaktion der Linken gehört auch die der Antideutschen. Zur Phrase ist geworden, dass es *die* Antideutschen nicht gebe. Aber falls Allgemeinbegriffe eine Berechtigung haben, dann auch in ihrem Fall. Es ist in jeder Hinsicht unplausibel, den Nominalismus der Feminist:innen zu kritisieren und ihn dann selbst zur defensiven Verschleierung der eigenen Position zu nutzen. Geschichtsphilosophisch betrachtet, war es die Aufgabe der Antideutschen den Antiimperialismus zu kritisieren, der zur Identität aller in den Jahren von 1950-1990 sozialisierten Linken gehörte. Antideutsche Dialektik ist, sich heute trotzdem wieder gegen den (russischen) Imperialismus zu stellen. Diese Positionierung gegen das Imperium des Ostens kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Seit Kronstadt und dem Spanischen Bürgerkrieg besteht eine Tradition des Antisowjetismus, die sich in der BRD fortsetzte: Kaum ein Linker war 1956 oder 1968 einfach auf der Seite Moskaus. Der Maoismus der Studentenbewegung war auch die Ablehnung des Leninismus-Stalinismus, und es gab K-Gruppen, die in der UdSSR eine noch imperialere Macht erkannten als in den USA, deren Affirmation durch die frühen Antideutschen, so gesehen, nur die letzte Volte der Kulturrevolution ist.

Trotz und wegen der zum bourgeois Dünkel neigenden Affirmation des Westens, kamen aus ihren Reihen zuverlässig die ersten Unterstützer und Unterstützerinnen der Regierung Selenskyj, die auch Waffenlieferungen verlangten. Die aus historischem Antifaschismus eintrainierte Identifikation mit den USA behält auch in der gegenwärtigen Situation ihre neue alte Wahrheit, dass gegen den expandierenden Chauvinismus einer starken Nation nur die Waffengewalt der Alliierten gewappnet ist. Kommunistinnen müssten die guten antideutschen Argumente aufgreifen, ohne die Überheblichkeit mitzunehmen, die gelegentlich (und eher unabsichtlich) in einen informierten Moralismus übergeht, der der Restlinken mehr oder weniger pikiert dieses oder jenes Versagen vorhält (und sie dadurch der Form nach imitiert). So im Fall der mangelnden militärischen Unterstützung der Ukraine, einem Zögern, in dem sich die heimliche Identifikation mit den antiwestlichen Impulsen Putins zu zeigen schien: die Linke verrate das liberale Glücksversprechen der bürgerlichen Gesellschaft. Dabei war die kritisierte Position der unentschiedenen oder pazifistischen Mehrheitslinken so bürgerlich wie nur irgendetwas, nämlich das leere Bekenntnis zu Solidarität und Frieden, ohne die Bereitschaft auch Taten und Waffen sprechen zu lassen. Solche Inkonsequenz ist das Wesen bürgerlichen Denkens, das die Ideale der Französischen Revolution hochhält, ohne nach ihren Realisierungsbedingungen zu fragen. Kommunisten müssten, statt den Verrat am Glücksversprechen anzuprangern, dasselbe als bloßes Versprechen verraten.

Die Tragik für uns besteht darin, heute für die Ukraine stimmen zu müssen, obwohl diese nichts anderes will, als den historisch falschen Schritt in Richtung Westen zu vollziehen, was bedeutet ein nationalstaatliches Modell zu forcieren, das eigentlich auf 1789 zurückgeht, also etwas angestaubt ist. Doch diese Gestrigkeit ist gegenüber der ultramodernen Vorgestrigkeit des russischen Chauvinismus progressiv. Die von der radikalen Linken zu schluckende Pille ist bitter. Man votiert für die Integration der Ukraine in den Kapitalismus und für die

Bildung eines vollständig bürgerlichen Staates, wenn man sie symbolisch, karitativ, finanziell oder militärisch unterstützt, um der russischen Aggression etwas entgegenzusetzen. Man ergreift also Partei für diejenigen Blogger:innen und Erfolgsmenschen in Kiew, die man in Berlin zu Recht für ihren Lebensstil verachtet, also nicht für den Cheeseburger-Kapitalismus, der die Moskauer am 31. Januar 1990 vor der McDonalds-Filiale Schlange stehen ließ, sondern für den Moral-Kapitalismus der Biomärkte und fair gehandelten Produkte. Und machen wir uns keine Illusionen: Wer heute für die Ukraine ist, unterstützt de facto auch eine Europäische Union, deren Bürokratie nicht einmal der gewitzteste Leninist für einen Vorschein der besseren Welt halten würde. Ihr Souveränitätsgewinn in der Auseinandersetzung mit Putin ist abzusehen.

Folglich warnen wir unsere ukrainischen Freunde, die in dieser Situation kaum etwas anderes machen können, als den westlichen Beistand zu suchen, trotzdem vor ebendenselben: Wozu die EU in der Lage ist, hat sie in der Finanz- und Schuldenkrise gezeigt, in der ihr autoritäres Gesicht der Austeritätspolitik offen zu Tage trat, als man Griechenland für die Profite deutscher Banken in die Knie zwang. Es kann keine echte Freiheit im Kapitalismus geben und es gibt keine nationale Souveränität in der EU. Dies zu sagen bedeutet keine vorweggenommene Schadenfreude. Es ist die Trauer über die bisherige Limitation der Emanzipation in Europa.

So alt wie der russische Expansionsdrang ist im übrigen auch die kommunistische Antwort auf diesen. „Für Polen“ lautet die Überschrift eines Artikels von Marx und Engels, der dem polnischen Aufstand vom 22. Januar 1863 huldigte. Diese Erhebung, die sich als Partisanenkrieg gegen die russische Territorialmacht richtete, konnte vom zaristischen Russland brutal niedergeschlagen werden, auch weil es an Ausrüstung und Beistand aus dem Westen mangelte. Die Parallele zum heutigen Versuch Russlands, ein Volk zu unterwerfen, das das Bestreben hatte, eine eigene, selbstständige Nation zu bilden, drängt sich auf: „Keiner kann ungestraft ein Volk knechten“, wussten Marx und Engels dazu zu sagen. Das wäre wohl die Frage. Ein pessimistisches Licht scheint auf die nahe Zukunft, denn es ist nicht davon auszugehen, dass Russland von seinen Plänen absehen wird, aus der Ukraine wieder das zu machen, was sie zu Zeiten des Warschauer Paktes war. Und es ist auch nicht davon auszugehen, dass die tapferen ukrainischen Kämpfer:innen davon absehen werden, sich gegen die Fremdherrschaft zu stellen. Auch wenn die Ukraine stets auch einen Bevölkerungsteil umfasste, der Russland zuneigte, so zeigt ihr Widerstand heute völlig klar eine Entscheidung an. Marx sagte ungefähr: „Die Arbeiterpartei von Europa nimmt das entschiedenste Interesse an der Emanzipation Polens. [...] Es ist durchaus kein Widerspruch, dass die internationale Arbeiterpartei die Herstellung der polnischen Nation erstrebt. Im Gegenteil: nur nachdem Polen seine Unabhängigkeit wiedererobert hat, nachdem es als selbstständiges Volk wieder über sich selbst verfügen kann, nur dann kann seine innere Entwicklung wieder beginnen und kann es an der sozialen Umgestaltung Europas selbstständig mitwirken. Solange ein lebensfähiges Volk von einem auswärtigen Eroberer gefesselt ist, wendet es alle seine Energie notwendig gegen den äußeren Feind“. Und auch wenn wir heute nicht den Standpunkt des revolutionären Subjekts, der Arbeiterpartei, beziehen können, schlicht weil diese keine praktische Kraft mehr in der Wirklichkeit ausmacht, gilt es für uns unmissverständlich Partei zu ergreifen: Für die Emanzipation der Ukraine! Denn wenn die ganze Emanzipation des Menschen auch nicht auf einen Schlag zu haben ist, so darf man doch nicht ins neunzehnte Jahrhundert zurückfallen und vor der russischen Mission, das Zarenreich wiederherzustellen, zurückweichen. Man ahnt, dass die erfolgreiche Verteidigung, man ahnt, dass die Wiederherstellung der Ukraine nur mit einer Vernichtung von Putin-Russland zu haben ist. In diesem Zusammenhang ist das marx-engelssche Wort von der inneren Entwicklung der sich verteidigenden Nation heute mit einer Hoffnung verbunden, die sich ebenfalls auf das angreifende Russland bezieht. Es soweit zu schwächen, dass es von Innen destabilisiert wird und Kräfte in der russischen Bevölkerung freisetzt, die bislang unterdrückt sind, darauf lässt der Kampf für die ukrainische Sache hoffen. Auch hier ist die Parteinahme dialektisch. „Hoffnung“ scheint in keine anderen Kräfte gesetzt werden zu können, als in die russische Opposition eines Alexey Nawalny. Auch das ist erstmal bitter. Aber angesichts einer diktatorisch geführten Atommacht ist diese liberal-demokratische Alternative der Fortschritt.

Was für die internationale Ordnung eine Zeitenwende bedeutet, wird auch die Linke verwandeln. So wie der vorher standardmäßige Pazifismus seit einer Woche keine Option mehr ist, wird sie lernen, dass gegen das Patriarchat auch dessen toxische Mittel eingesetzt werden müssen, dass gegen den Chauvinismus eines menschenverachtenden Diktators, dem die Leben der eigenen Bevölkerung nichts zählen, nur entschiedenste Gegenreaktionen helfen. Dazu gehören auch militärische Mittel, die nur die NATO hat. Für die Kulturlinke bedeutet die Zeitenwende das Ende der Hoffnungen auf subversive Potenziale von Lebensstil und Populärkultur. Es bedeutet, dass eine neue materialistische Kritik der Verhältnisse wieder auf der Tagesordnung steht. Die Tage, in denen Slavoj Žižek in der Volksbühne bei einer Diskusion zur Flüchtlingskrise für die bloße Erwähnung des Wortes „Armee“ kritisiert wurde, sind bis auf Weiteres gezählt. Die Vernunft kehrt auf den harten Boden der Tatsachen zurück. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie Organisation funktionieren kann. Neben allem Wahnsinn war es erstaunlich, in welchem Grade die Menschen plötzlich fähig waren, ihre Praxis zu verändern. Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass vorher ungeahnte – zumindest formale - Solidarität möglich ist. Die Menschen in der Ukraine zeigen, dass Mut und Wille für die eigene Sache zu kämpfen möglich sind. Dass es im Angesicht dieser Entwicklungen nur einen Flügelschlag bräuchte die Menschen erkennen zu lassen, wie nah die soziale Emanzipation wäre, bietet Anlass zur Hoffnung und zum Verzweifeln zugleich.

Eine solche unvermeidbare Neu- und Wiederorientierung wird eine schonungslose Kritik der Heuchelei des Liberalismus bedeuten. Nichts war peinlicher als die Reden von Scholz und Baerbock an jenem ersten Tag des Krieges, als man der Ukraine Beistand versprach, aber noch keine Waffen liefern wollte. Und nicht wenige haben an der folgenden Kehrtwende im Ansatz ein Bewusstsein für die bürgerliche Doppelmoral entwickelt. Es war ein linksliberaler Reflex und doch im Prinzip schon mehr, als kritisiert wurde, dass die europäische Solidarität bei weißen Ukrainern leichter fiel als bei dunkeläugigen Arabern. Die, die entgegen ihrer sonstigen Art plötzlich zynisch wurden und am Tag des Überfalls Grafiken teilten, die auf einer Weltkarte aktuelle Bombenexplosionen markierten, um die Omnipresenz von Gewalt sowie die selektive Wahrnehmung der Berliner Journalistenbubble anzuprangern, haben Recht. Es ist kaum zu erklären, dass der Westen in Syrien nicht stärker reagierte und die Afghanen im Stich ließ. Und für die Zukunft ist zu fragen: Kann man für die ukrainische Sache eintreten und den Kurden und Kurdinnen gleichzeitig Waffenlieferungen versagen?

Mit den richtigen Argumenten lässt sich an dieses vorhandene Unrechtsempfinden appellieren, das sich derzeit auch gegen das Grenzregime in Polen richtet. Denn jeder versteht, dass es nicht richtig sein kann, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen, aber solche aus der Ferne abzulehnen. Man versteht vielleicht nur noch nicht – warum. Die Aufgabe der radikalen Linken liegt nunmehr darin, für diese selbstverständlichen Positionen auch die richtigen Gedanken zu liefern. Kommunist sein bedeutet, das Einfache aus den richtigen Gründen zu tun. Je mehr sich der Kapitalismus in eine moralische Ökonomie verwandelt, desto mehr Ansatzpunkte gibt es für solch kritische Agitation. Die Schwierigkeit ist, den eigenen Stolz zurückzufahren, dessen Distinktionsbedürfnis lieber abseitige Stellungen bezieht. Aber man bricht sich keinen Zacken aus der Krone, wenn man die Scheinheiligkeit des Westens, von UN Charta bis zur WTO, auch einmal in ganz traditioneller Manier attackiert. Im Falle der Ukraine ist das ganz einfach: Man kehrt zu den Wurzeln der Arbeiterbewegung zurück und fordert echte internationale Solidarität.

Das bedeutet, neben Waffenlieferung weitere Maßnahmen zu ergreifen, die weh tun. Die westlichen Staaten müssen sich ehrlich machen und alle Mittel gegen Russland einsetzen, die unterhalb der Schwelle eines offenen Krieges möglich sind: ein Öl- und Gasembargo für Russland ist ohne Alternative! Wenn dafür AKWs wieder hochgefahren werden müssen, sei es so, und wenn auch das nicht mehr reicht, gilt: Für die kämpfenden Menschen in Kiew frieren wir gerne.

Es lebe die Ukraine! Es lebe die Idee des Kommunismus!

Antifa-C im Frühmärz 2022